



30.12.2020 - 09:01 Uhr

Start des Pariser Abkommens: Schlimmste Klimaauswirkungen können noch vermieden werden

Start des Pariser Abkommens: Schlimmste Klimaauswirkungen können noch vermieden werden

Luzern/Bern, 30. Dezember 2020. Am 1. Januar 2021 beginnt die Laufzeit des Klimaabkommens von Paris. In der Verantwortung stehen die Vertragsstaaten des Abkommens. Dieses erteilt jedem Land den Auftrag, nationale Klimaziele zu erlassen und diese alle fünf Jahre zu verschärfen. Die Hilfswerke Fastenopfer und Brot für alle verbinden mit dem effektiven Startpunkt des Abkommens auch Hoffnung.

Die Klimakrise ist schon heute vielerorts traurige Realität. So berichtete MeteoSchweiz am 21. Dezember 2020 vom erneuten Rekordwärme-Jahr. Im September 2020 wurde eine Gedenkfeier für die in der Schweiz bereits verschwundenen Gletscher gehalten. Und für viele Menschen in Afrika, Asien, Lateinamerika und Ozeanien ist die Klimakrise Alltag. In Armut lebende Menschen sind am stärksten betroffen, da ihnen die Mittel fehlen, sich an neue Lebensumstände anzupassen.

Partnerorganisationen von *Fastenopfer* und *Brot für alle* berichten von immer häufigeren und stärkeren Wetterkatastrophen, welche die Existenzen in ganzen Regionen zerstören. Anhaltende Dürren gefährden das Recht auf Nahrung, steigende Meeresspiegel zwingen Menschen zur Umsiedlung.

In den meisten reichen Ländern, wie der Schweiz, geht mit 2020 ein weiteres Jahr der kleinen Schritte zu Ende. Angesichts der Herausforderungen ist das fahrlässig, irrational und deutet auf kurzfristige Denkmuster hin. Mit jedem Jahr sinkt der Handlungsspielraum. Je später wir handeln, desto schwieriger und teurer wird der Kampf gegen die Klimakrise und ihre Folgen.

Die Zeit drängt

Es ist bereits jetzt klar: Verschärfungen der heutigen Klimaziele werden notwendig sein, denn im Moment führen die noch nicht umgesetzten Versprechen der Länder zu einer Erwärmung zwischen 3 bis 4 Grad, statt der 1.5 bis 2 Grad, wie sie das Abkommen vorgibt. Die nationale Politik muss jetzt handeln. Und dass sie handeln kann, hat sie in der Corona-Pandemie bewiesen. Noch fehlt das Verständnis für das Ausmass der Bedrohung durch die Klimakrise, da sie schleichend fortschreitet. Die Zeit bis 2030 wird entscheidend sein - bis dahin müssen substanzielle Reduktionen der CO₂-Emissionen auf globalem Niveau erreicht sein. Reichen Volkswirtschaften mit gut ausgebildeten Menschen kommt hierbei eine grosse Verantwortung zu.

So auch der Schweiz. Das revidierte CO₂-Gesetz ist gut, aber nicht gut genug. Es sind dringend weitere Schritte zur Umsetzung des Abkommens notwendig, wie die Dekarbonisierung des Schweizer Finanzplatzes und den Verbrauchsstopp von fossilen Brennstoffen bis spätestens 2040. Damit dies möglich ist, muss das Parlament noch in dieser Legislatur handeln. *Brot für alle* und *Fastenopfer* fordern die Umsetzung der Gletscherinitiative in einem indirekten Gegenvorschlag auf Gesetzesebene um den Prozess zu beschleunigen. Die Schweiz und die internationale Klimapolitik sind in der Pflicht. Der 1. Januar 2021 ist hierfür ein symbolisch wichtiger Tag - denn jetzt tritt das Pariser Klimaabkommen in Kraft. Das Abkommen konsequent umzusetzen ist die Lösung für die Klimakrise und lebensnotwendig für viele Menschen auf der Welt.

Kontakt:

Stefan Salzmann,

Co-Präsident Klima-Allianz Schweiz, Klimaverantwortlicher Fastenopfer, 041 227 59 53 (wird auf Handy umgeleitet)

Yvan Maillard-Ardenti,

Klimaverantwortlicher Brot für alle, 079 380 65 73

Brot für alle, Bürenstrasse 12, 3007 Bern

Fastenopfer, Alpenquai 4, 6002 Luzern